



EG-Kritik an 'Weißer Revolution'



Im Januar 1988 verabschiedete das Europaparlament in Straßburg einen Bericht zu 'Operation Flood', der deutliche Kritik an diesem von der EG zu 25% in Form von Milchpulver- und Butteröllieferungen finanzierten Projekt in Indien übt.

Im folgenden Auszüge aus dem Bericht und ein Interview zum Hintergrund dieses Berichts mit Wilfried Telkämper, Europaabgeordneter der Grünen und Berichtserstatter zu 'Operation Flood'.

Für die EG besteht das Besondere an diesem Projekt darin, daß Nahrungsmittelhilfe in einer Form verteilt wird, die nicht weitere Abhängigkeit, sondern letztlich die Unabhängigkeit von Nahrungsmittellieferungen zur Folge haben soll. Das von der EG im Rahmen dieses Projekts bereitgestellte Milchpulver und Butteröl soll insbesondere in Dürrezeiten, in denen in Indien selber weniger Milch produziert wird, den im Aufbau befindlichen Milchverarbeitungsunternehmen das notwendige Input für die Auslastung der Maschinen liefern und eine ganzjährige Milchversorgung sicherstellen. Aus den Erträgen beim Verkauf dieses Milchpulvers und Butteröls sollen die Milchverarbeitungsunternehmen sowie der Aufbau des Ver-

marktungssystems finanziert werden. Als Besonderheit des Projekts wird vor allem hervorgehoben, daß Landlose und Kleinbauern, die bisher ihre wenigen Liter Milch an Zwischenhändler billig verkaufen mußten, im Rahmen von OF genossenschaftlich organisiert werden und gerechtere Preise für ihre Milch erhalten sollen.

Von 1978 bis 1985 lieferte die EG 242.000 t Magermilchpulver, 86.000 t Butteröl und 1.500 t Pflanzenöl, deren Wert zu Weltmarktpreisen etwa 390 Mio ECU (ca. 785 Mio. DM) beträgt. Die Preise für Milchprodukte in Indien liegen allerdings etwa 75% über Weltmarktpreisen, so daß der reale Erlös in

Interview:

mit Wilfried Telkämper, Europaabgeordneter der Grünen:

„Die Arbeit hat sich trotzdem gelohnt ...“

SAB: Wilfried, Du bist Europaabgeordneter der Grünen und Berichterstatter des Berichts über Operation Flood. Kannst Du kurz die Vorgeschichte schildern?

WT: Wir, die grün-alternativen im Europaparlament, verfolgen die Entwicklung von Operation Flood schon seit geraumer Zeit. Unser holländischer Kollege Herman Verbeek hat schon vor über zwei Jahren als erster im 'Ausschuß für Entwicklung und Zusammenarbeit' Kritik an Operation Flood geübt. Er war vom India Committee of the Netherlands angesprochen worden und hat dessen Kritik dann in den Ausschuß gebracht. Die Reaktionen waren sehr unterschiedlich. Die Konservativen halten das Projekt noch heute für ein Vorzeigeprojekt, die Sozialisten, vor allem Frau Focke, damals Ausschußvorsitzende, sind dadurch aufmerksam geworden und haben die Kritik aufgenommen. Frau Focke hat den zuständigen Kommissar Herrn Cheysson in den Ausschuß 'zitiert' und es gab eine erste sogenannte Aussprache. Die Kritik gegen Operation Flood bezog sich besonders auf die Preispolitik und darauf, daß das Projekt nicht, wie ursprünglich angekündigt, den ärmeren Bauern und Landlosen zugute kam. Cheysson hat im März 1986 im Ausschuß auch zugegeben, daß es eine Reihe von Kritikpunkten an Operation Flood gibt und versichert, daß es keine weitere Finanzierung für das Projekt geben werde. Wenn die EG weiterhin Milchpulver und Butteröl liefern würde, dann nur für ein ganz anderes Projekt. Das hat er auch im Ausschuß ein gutes Jahr später noch mal wiederholt. In der Ausschußsitzung im Oktober 1987 hat er dann zugestanden, daß Indien mittlerweile Selbstversorger für Milch ist und der Zweck von Operation Flood in erster Linie darin besteht, das Vermarktungssystem aufzubauen, das Management zu verbessern, etc. Im Klartext heißt das für uns, daß es um die Kapitalisierung des Milchsektors geht, und alle Argumente, man wolle den armen Bauern helfen, nur vorgeschoben sein können. In der Zwischenzeit hatte die Kommission jedoch schon längst eine Weiterfinanzierung mit den Indern vereinbart. Und der Kommissionsbericht zu Flood III, also die Finanzierung von 1987 bis 1994, läßt überhaupt nicht erkennen, wo gravierende Änderungen in diesem Projekt vorgenommen werden.

Im Prinzip sind die Möglichkeiten des Parlaments die Kommission zu kontrollieren, relativ begrenzt, auch wenn nach der Verfassung eigentlich die Kommission durch das Parlament kontrolliert werden sollte. Das Parlament verabschiedet jedes Jahr den Gesamthaushalt und darin z.B. eine Budgetlinie für Nahrungsmittelhilfe. Wie diese vom Parlament bewilligte

Summe dann im einzelnen ausgegeben wird, entzieht sich der parlamentarischen Kontrolle. Das macht die Kommission. Unser Ziel und der Grund, warum wir uns so darum bemüht haben, den Bericht zu 'kriegen', war langfristig, daß die EG Operation Flood nicht mehr finanziert. Kurzfristig wollten wir erreichen, daß diese 7-Jahres-Zusage der Kommission nicht durchkommt und das Parlament die Möglichkeit hat, im Laufe der nächsten Jahre aus dem Projekt auszusteigen. Das ist natürlich vor allem Taktik, denn mit der Forderung nach **sofortigem** Ende der Finanzierung wären wir weder im Ausschuß noch im Parlament durchgekommen. Und es wäre - bei aller Kritik an Operation Flood - gegenüber den Indern nicht fair gewesen.

SAB: Kannst Du bitte kurz das Vorgehen erklären, was heißt das, Ihr hättet Euch bemüht, den Bericht zu 'kriegen' und welche Bedeutung hat solch ein Bericht?

WT: Berichte sind Meinungsäußerungen des Europäischen Parlaments zu bestimmten Fragen, ähnlich wie im Bundestag. Das normale Vorgehen ist, daß in der Regel durch einen Initiativantrag an das Parlament, der von einzelnen Abgeordneten oder einer Fraktion gestellt wird, ein Problem aufgegriffen wird und wenn das Parlament diesen Initiativantrag annimmt, wird es in den zuständigen Ausschuß überwiesen. Der Ausschuß berät darüber, ob er sich dieses Problem ausführlicher annehmen will und wenn, bestimmt er aus seinen Reihen einen Berichterstatter. Je nach Größe steht jeder Fraktion eine bestimmte Anzahl von Berichten zu, die sie übernehmen dürfen. Vor allem bei begehrten, also politisch interessanten Themen gibt es in der Regel mehrere interessierte Fraktionen, und dann handeln die untereinander aus, wer ihn schreiben darf. So nach dem Motto: wenn ihr uns den Bericht x gebt, könnt ihr den Bericht y schreiben. So ähnlich war es auch, als wir den Bericht über Operation Flood schreiben wollten. Der Initiativantrag von unseren Holländern war im Parlament angenommen worden und der Ausschuß hat sich ziemlich einstimmig für einen Bericht über Operation Flood entschieden. Aber die Sozialisten wollten nicht, daß wir ihn schreiben, weil wir zu 'radikal' seien und uns zu wenig an die parlamentarischen Gepflogenheiten hielten. Mit Hilfe der Kommunisten ist es uns dann aber über solch einen 'Tauschhandel' doch gelungen, allerdings nur mit der Auflage, daß wir den fertigen Bericht schon 14 Tage später abliefern sollten. Normalerweise hat ein Berichterstatter einige Monate Zeit.

Der Entwurf für einen Bericht, den der Berichterstatter vorlegt, wird im Ausschuß vorgestellt und diskutiert, die anderen Fraktionen stellen Änderungsanträge und wenn die abgestimmt sind, geht der Bericht als Stellungnahme des Ausschusses ins Gesamt-Parlament, das alle 4 Wochen in Straßburg tagt. Das ist die letzte Möglichkeit für Änderungsanträge. Wenn der Bericht im Parlament abgestimmt ist, gilt

er als offizielle Meinung des Europaparlaments zu diesem Problem. Es kann natürlich passieren, daß durch die Änderungsanträge die Meinung des Verfassers völlig umgekehrt wird, dann hat er die Möglichkeit, als Berichterstatter zurückzutreten. Allerdings ändert das nichts daran, daß ein solcher Bericht als Meinungsäußerung des Parlaments veröffentlicht wird.

Ganz so schlimm war es bei meinem Bericht über Operation Flood nicht, aber eine Reihe uns wichtiger Punkte sind im Ausschuß von den Konservativen verändert worden. Vor allem ist es uns nicht gelungen, diese 7-Jahres-Zusage zu kippen. Insgesamt ist der Bericht in der jetzt gültigen Fassung viel schwammiger und 'sanfter', als in unserer ursprünglichen Version. Wir hatten z.B. gefordert, daß diese übermäßige Expansion von kapitalintensiver Milchverarbeitung und -verteilung vermieden werden sollte und daß bestehende Kooperativen konsolidiert und gestärkt werden sollten, statt das Projekt noch in neue Gebiete auszuweiten. Auch daß ein Großteil der EG-Gelder für die Ausbildung von Bäuerinnen und ihre Organisierung verwendet werden sollten, wurde rausgestimmt. Außerdem hatten wir vorgeschlagen, daß die Milchprodukte der EG etwas teurer verkauft werden sollen, als die einheimische Milch, damit nicht die Importe mit den einheimischen Produkten konkurrieren, jetzt steht in dem Bericht, daß die EG-Produkte zum gleichen Preis verkauft werden sollen. Und unsere Forderung, daß die Lieferungen sofort eingestellt werden sollen, wenn sich herausstellt, daß die indischen Produzentinnen wegen entstehender Überschüsse benachteiligt werden, ist abgeschwächt worden dahingehend, daß in einem solchen Fall das Parlament zu benachrichtigen sei.

Diese Änderung bei den Entschlüssen sind natürlich sehr ärgerlich, aber insgesamt enthält der Bericht in seiner endgültigen Form immer noch eine Reihe von Kritikpunkten, die uns wichtig waren. Und der zweite Teil des Berichtes, der Begründungsteil, bleibt unverändert.

SAB: Welche Konsequenzen hat der Bericht? Gibt es schon Reaktionen?

WT: Die Kommission hat jetzt entschieden, daß Operation Flood definitiv ausläuft und daß die Zuschüsse von Jahr zu Jahr reduziert werden. Wir haben unser Ziel, die EG-Finanzierung für Operation Flood schon vorher zu stoppen, nicht erreicht. Bei der konservativ-liberalen Mehrheit im Parlament hatten wir damit auch nicht gerechnet. Aber trotzdem hat die Arbeit sich gelohnt. Wichtige Konsequenzen hatte der Bericht wohl v.a. für die Leute in der Kommission, die als Minderheit dem Projekt ablehnend gegenüberstehen. Ihre Position innerhalb der Kommission ist ohne Zweifel gestärkt worden. Und damit auch insgesamt eine kritischere Haltung zu Operation Flood gegenüber der Weltbank. Die Weltbank hat die ursprünglich als gemeinsame Evaluierung geplante

Untersuchung vom Dezember 1986 ja nicht als eigene Position anerkannt. Diese Evaluierung war ihnen zu kritisch, sie wollen offensichtlich unbedingt weiterfinanzieren. (Die Weltbankfinanzierung beträgt immerhin 50% des gesamten Projektes.) Natürlich ist es der Weltbank letztlich egal, was das Europäische Parlament sagt. Aber der Bericht ist zumindest eine offizielle kritische Stellungnahme.

Die Inder haben übrigens sehr schnell schon im Vorfeld reagiert. Noch bevor der Bericht ins Parlament zur Abstimmung gekommen ist, wurde ich von Mr. Jain, dem indischen Botschafter bei der EG, zu einem eineinhalbstündigen Gespräch eingeladen. Er war, so kann ich wohl sagen, ziemlich sauer über den Bericht und hat versucht, mich zu 'bearbeiten', daß er nicht so bleibt. Schließlich würde ich das Projekt ja gar nicht aus eigener Anschauung kennen und ich sollte doch nach Indien kommen und es mir ansehen. Daß wir den Bericht zusammen mit Gruppen und Einzelpersonen erstellt haben, die das Projekt z.T. schon sehr lange und aus eigener Anschauung kennen, wollte er nicht akzeptieren. Wir hatten von seiner Seite auch gar nichts anderes erwartet, schließlich hatte er schon im Ausschuß in der Oktobersitzung Operation Flood als das Gelbe vom Ei hochgelobt. Wirklich ernsthaft auf Kritik eingegangen ist er nie. Auch bei unsere Veranstaltung zu Operation Flood im Januar in Straßburg hat er alle kritischen Fragen umgangen.

SAB: Die EG macht grundsätzlich keine eigenen Projekte, sondern finanziert nur Projektvorhaben, die ihnen von Regierungen der 'Dritten Welt' vorgelegt werden. Das ist - auch unter dem Aspekt 'Imperialismus' - ja zunächst mal ein durchaus sinnvolles Vorgehen. Habt ihr euch mal damit auseinandergesetzt, daß ihr der indischen Regierung vorschreiben wollt, was sie tun und was sie lassen soll?

WT: Ja, und zwar sehr intensiv, übrigens nicht nur bei diesem Projekt. Wir schreiben im Begründungsteil auch explizit, daß die EG Indien nichts vorschreiben kann. Nur geht es hier ja um die Verwendung von EG-Mitteln und da haben wir selbstverständlich eine Verantwortung. Die Frage, ob wir grundsätzlich gegen jede Art von Finanzierung durch die EG sind, ist bei uns noch nicht ausdiskutiert, es gibt allerdings eine Menge Argumente dafür. In diesem Fall kam bei unseren Überlegungen dazu, daß es in Indien selber eine Reihe von Kritiker/innen an OF gibt. Für sie ist unsere kritische Haltung und der Bericht, selbst in der abgeschwächten endgültigen Fassung, eine Unterstützung für ihre Öffentlichkeitsarbeit. Indien ist ja nicht nur die indische Regierung. Und wir sollten nicht unterschätzen, welcher Wert dem europäischen Parlament außerhalb von Europa beigemessen wird.

Indien entsprechend höher liegt.

Der jetzt im Europäischen Parlament verabschiedete Bericht führt eine Reihe von Kritikpunkten an diesem Projekt an, die sich überwiegend auf eine Studie stützen, die im Dezember 1986 von einem Beraterteam im Auftrag der Kommission und der Weltbank erstellt wurde. Diese Studie, die eine Reihe von Mängeln innerhalb des Projekts aufzeigt, wurde weder von der Kommission noch der Weltbank als offizielle Stellungnahme anerkannt und bis heute nur als Zusammenfassung veröffentlicht.

Wir dokumentieren im folgenden einige Auszüge aus dem insgesamt 25 Seiten umfassenden Bericht des Europäischen Parlaments. Berichtersteller war der grüne Europaabgeordnete Wilfried Telkämper.

"A. Entschließungsantrag zur Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Indien, insbesondere hinsichtlich des Projekts Operation Flood.

Das Europäische Parlament

F. unter Hinweis darauf, daß der Bericht über den Auftrag zur Überprüfung der Durchführung von Operation Flood II, der im Dezember 1986 veröffentlicht wurde, kritisch auf bestimmte Aspekte der Durchführung der zweiten Phase von Operation Flood einging und daß darin vorgeschlagen wurde, daß in die dritte Phase Änderungen einbezogen und die ursprünglichen Ziele von Operation Flood, nämlich die Unterstützung der Armen ohne Land und der kleinen Landwirte, stärker berücksichtigt werden, I. unter Hinweis darauf, daß Indien statistisch gesehen seinen Eigenbedarf an Milch und Milchprodukten decken kann, was teilweise auf Operation Flood I und II zurückzuführen ist, und daß die Hauptprobleme der Versorgung aller Bewohner im ganzen Land mit Milch im Bereich der Verteilung und Preisfestsetzung liegt sowie darin, daß Milchpulver und Butteröl für Luxusprodukte, insbesondere Babynahrung, verwendet werden,

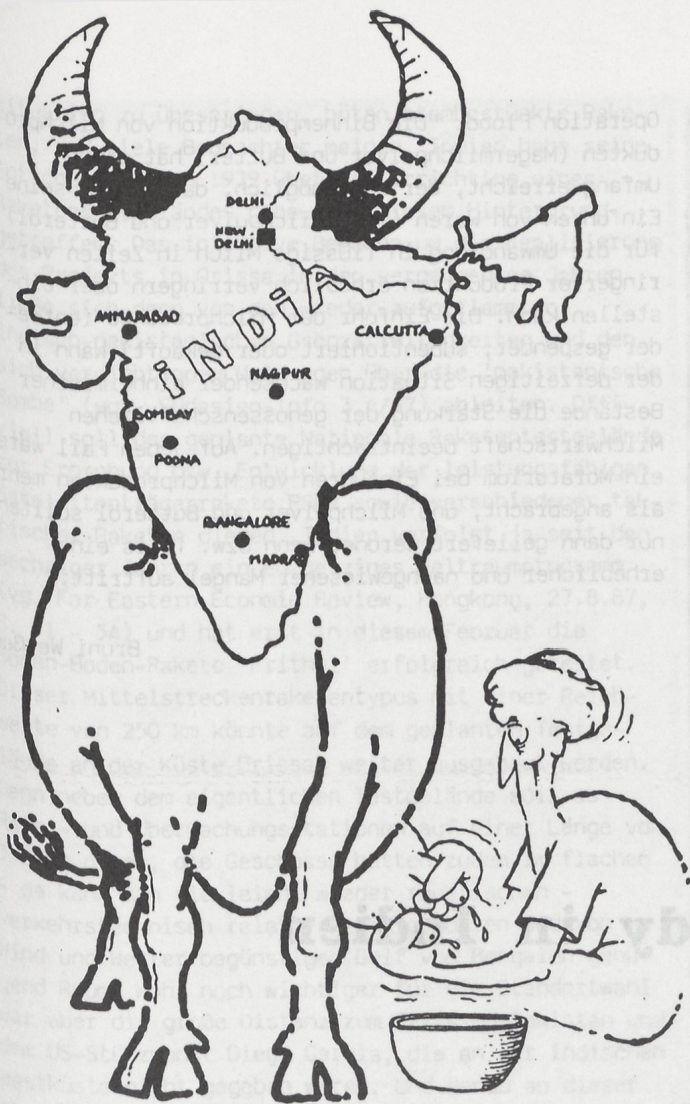
1. besteht darauf, daß die Kommission allen Mitgliedern des Europäischen Parlaments auf Anfrage den vollständigen Bericht der EG/Weltbank-Berater und den Bericht des Rechnungshofes über Operation Flood übermittelt,
3. stellt fest, daß den verfügbaren Quellen zufolge die Auswirkungen von Operation Flood nicht auf die ursprünglichen sozialen Zielsetzungen ausgerichtet sind, insbesondere hinsichtlich der Bestrebungen zur Verbesserung der Einkommen der kleinen Viehhalter (d.h. in erster Linie Frauen) und der Ernährungslage der ärmsten Bevölkerungsgruppen, und kann bisher keine Verbesserung der Lage bedürftiger Personen erkennen;
6. stellt fest, daß Frauen als traditionelle kleine Viehhalterinnen, eine wichtige Rolle in der Milchwirtschaft spielen; ist darüber

besorgt, daß durch Operation Flood III herbeigeführte Veränderungen zu ihrem Nachteil sein können, wenn der öffentliche Status zunimmt und das Einkommen steigt; fordert deshalb, daß alles getan wird, um die Beteiligung von Frauen als Kooperativen-Mitglieder und als gewählte Mitglieder in den Verwaltungsstrukturen auf allen Ebenen zu unterstützen;

8. hält es für notwendig, den Milchertrag indischer Kühe und Büffelkühe durch bessere Fütterung und genetische Verbesserungen zu steigern; besteht jedoch darauf, daß
 - a) bei Büffelkühen sich genetische Verbesserungen auf solche Rassen konzentrieren sollten, die für die örtlichen Gegebenheiten am besten geeignet sind
 - b) der Anbau von Viehfutter nicht auf Kosten der Erzeugung von Produkten für die menschliche Ernährung gehen darf, wobei Viehfutter ebenso wenig zu Kosten produziert werden sollte, die sich nachteilig auf die Rentabilität der Milchwirtschaft auswirken würden;
 - c) die Verwendung in Indien produzierten Viehfutters, das derzeit exportiert wird, in Indien gefördert wird, ohne dabei Indiens Bedarf an Devisen aus dem Auge zu verlieren;
10. stellt dabei fest, daß die Groß- und Einzelhandelspreise für Milch sich seit dem Beginn von Operation Flood gleichmäßig erhöht haben, während die Preise bestimmter anderer Waren größere Zuwächse aufwiesen; betont die Bedeutung einer korrekten Preisfestsetzung für Milch, damit der Erzeuger einen angemessenen Ertrag erzielt, während der Verbraucher einen angemessenen Preis zahlt;
11. besteht auf der Einführung einer Preispolitik für Milchprodukte, die von der Europäischen Gemeinschaft gespendet wurden, mit deren Hilfe die Umwandlung von importiertem Milchpulver in Milch im Vergleich zu auf lokaler Ebene erzeugter Frischmilch nicht billiger wird, um einen Wettbewerb zwischen importierter und auf lokaler Ebene erzeugter Milch zu vermeiden;
13. hält es für überaus wichtig, daß die Situation der Milchversorgung in Indien sorgfältig überwacht wird; fordert die Kommission auf, das Parlament sofort zu informieren, sollten die Importe von EG-Milchpulver oder Butteröl destruktive Auswirkungen haben oder zu Überschüssen zum Nachteil örtlicher Erzeuger führen;
14. akzeptiert unter Berücksichtigung der vorhergehenden Paragraphen den Vorschlag, Operation Flood fortzusetzen; betont jedoch, daß die EG Nahrungsmittelhilfe-Lieferungen für Operation Flood ständig abnehmen sollen.

B. Begründung

II Bewertung der bisherigen Durchführung von Operation Flood



13. Indien ist eines der zehn größten Industrieländer der Welt. Gleichzeitig lebt über die Hälfte seiner Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Im Rahmen ihres Konzepts zur Entwicklung Indiens konzentrierte sich die Regierung in den vergangenen Jahren auf den Ausbau der Industriekapazität und war um eine Verstärkung der Zusammenarbeit und des Handels mit den Industrieländern bemüht. Eines der strukturellen Hindernisse bei der Entwicklung Indiens zu einer kapitalistisch orientierten Industriena-tion sind die noch immer existenten Feudalstrukturen, insbesondere im Agrarsektor. Die indische Regierung hat zahlreiche Bemühungen unternommen, um diese Hindernisse zu überwinden, z.B. durch den Erlass fortschrittlicher Gesetze über die Landreform und von Gesetzen zum Verbot der Leibeigenschaft. Bisher existieren diese Gesetze im wesentlichen nur auf dem Papier. Ihre Ausführung, die von feudalistischen Grundbesitzern und durch Korruption behindert wird, ist notwendig, wenn Indien den Weg in Richtung eines kapitalistischen Staates beschreiten will, und zwingend erforderlich, um die Situation der Armen im Land zu verbessern.

Operation Flood muß im Kontext der Politik der

indischen Regierung gesehen werden, das Land zu modernisieren und ein kapitalistisches System anstelle der insbesondere in den ländlichen Gebieten noch stets existierenden feudalistischen Strukturen einzuführen. Die Kapitalausstattung des Agrarsektors, die mit der 'grünen Revolution' in den 60er und 70er Jahren insbesondere im Punjab eingeführt wurde, ist ein grundlegender Bestandteil dieser Politik. Die 'grüne Revolution' war insofern sehr erfolgreich, als die Getreideerzeugung zugenommen hat, so daß Indien jetzt nicht nur seinen Eigenbedarf an Getreide deckt, sondern sogar Überschüsse exportieren kann. Dennoch hat dieses positive Ergebnis kaum irgendwelche Auswirkungen für den Lebensunterhalt der Armen gehabt. Sie haben noch stets nicht genügend Geld, um Lebensmittel in ausreichender Menge zu kaufen. Vielmehr hat die Kapitalisierung des Agrarsektors dazu geführt, daß diejenigen, die kein Land besitzen, und die kleinen Grundbesitzer immer mehr an den Rand gedrängt wurden, insbesondere in den Gebieten, in denen aufgrund der 'grünen Revolution' große Erfolge bei der Produktion von Überschüssen erzielt wurden.

Eine strukturell vergleichbare Entwicklung kann bei der Kapitalisierung des Milchsektors erwartet werden, die im Rahmen von Operation Flood angestrebt werden soll. Das Kapital, das für die Viehzucht und für Futterzwecke erforderlich ist, kann von den Personen ohne Landbesitz und kleinen Grundbesitzern nicht aufgebracht werden. Von den im Rahmen von Operation Flood eingeführten Strukturen werden insbesondere die mittelgroßen und größeren landwirtschaftlichen Betriebe profitieren, wenn das Genossenschaftssystem auf Dorfebene nicht mehr Aufmerksamkeit findet und mehr Mittel erhält.

14. Ohne Frage muß Indien selbst entscheiden, welchen Weg es bei seiner Entwicklung einschlagen will. Die Gemeinschaft darf nur dann Entscheidungen treffen, wenn ihre eigenen Aktivitäten Auswirkungen für Indien haben. Im Hinblick auf Operation Flood gilt dies für die Nahrungsmittelhilfe, die in Form von Magermilchpulver und Butteröl bereitgestellt wird.



20. Die Rolle der Frauen sollte bei der Entwicklung der Milchwirtschaft besonders berücksichtigt werden. In Indien sind Viehzucht und Melken traditionsgemäß Aufgabe der Frauen. Die zusätzliche Arbeit, die mit der besseren Versorgung des Viehs durch Futtersameln usw. verbunden ist, wird fast ausschließlich von Frauen verrichtet. Bisher waren sie es in erster Linie, die täglich das Geld für die an die Genossenschaft gelieferte Milch erhielten, das sie für den Lebensunterhalt der Familie verwandten. In einigen Gebieten haben Genossenschaften kürzlich damit begonnen, das Geld nur wöchentlich oder zweiwöchentlich auszuzahlen, was dazu führte, daß Männer es abholen und es ganz - oder zumindest teilweise - für ihre persönlichen Zwecke verwenden.

24. Besonders wichtig sind die Anmerkungen im Bericht der Berater zu dem Beitrag der Gemeinschaft zu

Operation Flood. "Die Binnenproduktion von Milchprodukten (Magermilchpulver und Butter) hat einen Umfang erreicht, der es ermöglicht, daß Indien seine Einfuhren von Waren (Magermilchpulver und Butteröl) für die Umwandlung in flüssige Milch in Zeiten veringerteter Produktion erheblich verringern oder einstellen kann. Die Einfuhr der Milchprodukte (entweder gespendet, subventioniert oder gekauft) kann in der derzeitigen Situation wachsender einheimischer Bestände die Stärkung der genossenschaftlichen Milchwirtschaft beeinträchtigen. Auf jeden Fall wäre ein Moratorium bei Einfuhren von Milchprodukten mehr als angebracht, und Milchpulver und Butteröl sollten nur dann geliefert werden, wenn bzw. falls ein erheblicher und nachgewiesener Mangel auftritt."

Bruni Weißen

Cape Kennedy in Indien

Die Auseinandersetzungen um das geplante Raketentestgelände in den Kreisgebieten Baliapal und Bhograi im ostindischen Bundesstaat Orissa (vgl. Südasieninfo 5-6/86) spitzen sich immer mehr zu. Jederzeit ist mit Zwangsevakuierungen der ersten von rund 70 000 Bauern und Fischern aus diesem äußerst fruchtbaren Gebiet zu rechnen, um einem indischen 'Cape Kennedy' Platz zu machen. Vermutlich soll das 'National Testing Range' auch der Erprobung atomarer Waffenträger dienen. Das würde zumindest die empfindlichen Reaktionen der indischen Behörden auf Proteste gegen das Projekt erklären. In diesem Zusammenhang sind Anfang des Jahres auch zwei Bundesdeutsche in Baliapal festgenommen worden. Der Widerstand der betroffenen Bevölkerung scheint ungebrochen. In der Bundesrepublik hat FIAN (Food First Informations- und Aktionsnetzwerk, Heidelberg), die 'internationale Menschenrechtsorganisation für das Recht sich zu ernähren', ein Dossier zum Thema vorgelegt und bereitet derzeit 'Eilaktionen' zur Unterstützung der in ihrer Existenz bedrohten Bauern und Fischer von Baliapal vor. Ein Bericht von Frank Braßel.

Der Entschluß, ein nationales Raketentestgelände zu errichten, wurde von der indischen Regierung bereits im Jahr 1979 gefaßt. Er stand und steht ohne Zweifel im Zusammenhang mit dem Rüstungswettlauf in Süd-asien. Der mächtige Nachbar in Indiens Norden, die Volksrepublik China, hat in dem Kurzkrieg von 1962 bewiesen, daß sie Indien militärisch klar überlegen ist, was durch die Zündung des ersten chinesischen Atomsprengsatzes im Jahr 1964 noch verstärkt wurde. Die Interkontinentalraketen der VR China machen für Indien heute eine gerade auch psychologisch wichtige Bedrohung aus. Hinzu kommt der indisch-pakistanische Grenzkonflikt, der zu drei Kriegen und in letzter Zeit zu einzelnen Scharmützeln geführt hat. Am 18.5.1974 zündete Indien seinen ersten Atomspren-

satz, sieht seinen rüstungspolitischen Vorteil allerdings bereits 1978 schmelzen, als Meldungen über die Produktion von einer Urananreicherungsanlage - eine Voraussetzung für die Produktion von Atomwaffen - im pakistanischen Kahuta bekannt werden. Zwar haben beide Staaten bislang die Produktion atomarer Waffen unterlassen, aber alle Experten gehen davon aus, daß sowohl Pakistan - entsprechende Tests müssen heute nicht mehr realiter durchgeführt, sondern können per Computer simuliert werden - als auch Indien innerhalb weniger Wochen oder Monate einsatzfähige Nuklearwaffen herstellen könnten. Als Trägersysteme kämen bislang für beide Seiten aus den USA, Frankreich und der Sowjetunion gelieferte Kampfbomber in Frage. Eine Möglichkeit, diese Patt-